

markant bei der Behandlung der Erwerbslosen anträge in Erscheinung. Die Sozialdemokratie ist in Sachen Regierungspartei. Die linken Führer haben durch ihre Verhaltung im Landtag diese Tatsache anerkannt und damit auch den weiteren Beschluß des Landesparlamentes vom 6. Januar 1920 aufgehoben, in dem es hieß, daß die SPD in Sachen für die Koalitionsregierung (Scheidt) nicht verantwortlich ist. Gemeintene Fraktion zwischen rechten und linken Führern bedeutet auch gemeinsame Verantwortung für die Regierung.

Zu 3: Welche tatsächliche Verlust, die Teilnahme an der Reuenerkommission zu langem! Unsere Behauptungen über die linken Führer und die Reuenerkommission werden von einem anderen bestätigt, wie von Hermann Liebmann, der heute scheinbar zu befragen versucht. Der Autor der „Kritik Sätze und fünf Lügen“ hat am 14. Oktober 1919 eine Schrift erschienen lassen über neun Monate langes Koalitionsregiment. In dieser Schrift berichtet Hermann Liebmann auf Seite 26:

„Daher bei den Verhandlungen des Berliner Vertrags der Fraktionsminderheit ein Vertreter in der Reuenerkommission angelegt wurde, weigerte sich doch die Fraktionsminderheit lange Zeit, dem Kandidaten der Fraktionsminderheit in dem Ausschuss einen Platz einzuräumen. Schließlich gelang es doch, Pöhlke so zu machen, daß dieser Reuenerkommission nur noch einmal an einer Sitzung der Kommission, und zwar kurz vor den Landtagsferien im Juli teilzunehmen konnte.“

Dieser Kandidat der Minderheit in der Reuenerkommission war, wenn wir nicht irren, doch wohl derselbe Liebmann, der jetzt diese Tatsache langem möchte. Es sieht fast, daß die Fraktionsminderheit durch ihre Taktik die Verantwortung für die Regierung übernommen und außerdem die Berechtigung der Reuenerkommission grundsätzlich anerkannt hat. Sonst hätte sie nämlich die Aufnahme und nicht die Teilnahme an der Reuenerkommission fordern müssen. Die „LW“ macht den tatsächlichen Verlust, alle diese Dinge aus der Welt zu schaffen, indem sie erklärt, die Vorgänge hätten sich nicht „nach Heidelberg“ abgepielt, was übrigens auch gar niemand behauptet hat.

Zu 4 und 5: In diesen beiden Punkten handelt es sich um politische Behauptungen, deren Unwahrscheinlichkeit mir in den vorstehenden Ausführungen zur Genüge bewiesen haben. Wir weisen nur noch darauf, daß die sozialdemokratische Presse selbst feinerzeit die Meinung über die Sprengung der Reuenerkommission verbreitete.

Die „Leipziger Volkszeitung“ wird natürlich die von uns dargestellten geschichtlichen Tatsachen ihren Lesern verschweigen. Die Methode der Kommunistenbelästigung, die die sozialdemokratische Presse Sachsen gerade in letzter Zeit angewendet hat, richtet sich in den Augen eines jeden ehrlichen Arbeiters von selbst. Es sei nur an die unerhörten Lügen der „Dresdner Volkszeitung“ erinnert, Frauen der politischen Gefangenen hätten im Fraktionszimmer der SPD im Landtag „genächtigt“. Das alles sind Versuche, die Arbeiterschaft mit den verwerflichen Mitteln der politischen Lüge gegeneinander auszuspielen im Interesse der Bourgeoisie. Wir sind überzeugt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter diese Methoden erkennen, vor ihnen abwenden und nunmehr auf dem sozialdemokratischen Landesparlament die Augen doppelt aufhalten werden.

**100-Prozent-Patrioten**

Die „ganz echten“ Germanenblütern sind die Selbstkreuzer und Stoßhelfer noch nicht rechts genug. Sie haben noch eine neue Gruppe, die „Deutsche Rotgemeinschaft“, gegründet. Diese „Rotgemeinschaft“ fordert eine „Umkehr von der Politik der letzten Jahre“. In einem Aufruf trägt diese Gruppe allen schicksalhaften Anstufen zusammen. Unterzeichnet ist der Aufruf von Generalen, Offizieren, darunter der General a. R. H. Kommandant der sächsischen Reichswehr. Dann bringt Oskar von Preußen, Graf Reventlow, Reichstagsabgeordneter Heunig. Von Sachsen sind als Unterzeichner zu vermerken: E. v. Krimm (Schloß Riechstein bei Waldheim), Alfred Dietel, Fabrikbesitzer in Reichenbach, Theodor Tritsch, Leipzig, Sanitätsrat Dr. Kretschmar, M. v. S., Dresden, Konjunkturalist R. H. Berg, Dresden, Rechtsanwalt Arthur Müller, Blauen, Georg Dieckmann, Wauen.

Die Gesellschaft will die Diktatur schneller und härter. Der schnellste Zusammenschluß der Arbeiter zur Einheitsfront muß die Antwort sein.

**„Sein Mahrnt“**

Die Welt am Montag“ schreibt: Die gewollte Betonung, daß Meier Film „Sein Mahrnt“ ein „Klassenkampf“ sei, erweist naturgemäß bei dem bürgerlichen Zuschauer eine gewisse Relativität. Man steht von vornherein dem Filmwert skeptisch gegenüber und sieht den Film daher schärfer als derjenige, der mit der Klassenkennung ohne weiteres einverstanden ist. Eins muß von vornherein festgestellt werden: Wenn das, was uns bisher als „Klassenkampf“ gezeigt wurde, bestimmt nicht dazu angetan war, für diese Klassenkennung auch nur die geringste Wärme zu erzeugen, so ist dieser Film ein Erlebnis. Man kann sich noch so lächelnd gegenüber dem einstellen, was der Film zeigt. Die ungeheure Kraft, nicht einzelner Schauspieler, sondern eines ganzen Volkes strömt von der Betauwand auf den Zuschauer, der alle Widerstände gegen die gewollte und bewusste Tendenz dieses Werkes schmelzen läßt.

Man empfindet es als lächerlich, über den einzelnen Darsteller, über die Technik der Darsteller, die Technik des Filmes zu sprechen; so stark ist die Wirkung dieses Werkes.

Erste Aufführung Sonnabend den 16. Januar, 48 Uhr, in den Annenbällen.

**R. Bucharin:**

**„Karl Liebknecht und die Arbeiterjugend“**

Es war vor mehr als einem Jahr. In der Berliner Russischen Kasse feierten wir den eben aus dem Zuchthaus befreiten Genossen Liebknecht. Es waren viele Leute da — die Gesellschaft war ziemlich gemischt. Da war der große Revolutionär Meining mit schwarzem Haar, mit einem Körper, der schon fast tot war, aber mit immer noch sprühendem Geist. Hoch war bei und auch Boris und noch viele andere mit berühmten Namen und berühmter Vergangenheit. — Wir feierten den „Karl“. Die eines mit Hoffnung und im Glauben, daß sein revolutionäres Entschlossenheit die Massen in den Kampf führen werde; die anderen — in dumpfer Angst, dieser „Sonderling“ könnte den normalen Lauf der Dinge unterbrechen.

Alle sprachen. Aber niemand hatte einen so tiefen Eindruck auf mich gemacht, wie ein jugendlicher Arbeiter. Dieser — ein stämmiger Jüngling, mit schmalen Gesicht und eingefallenen

**Die Große Koalition gescheitert**

Berlin, 13. Januar (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern beschlossen den Eintritt in die Große Koalition abzulehnen, und folgte folgender Entschlußfassung:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in den Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition Fortschritte erzielt, deren Durchführung durch die Zunahme der Reuenerkommission gestützt werden muß, doch infolge mangelnden Einverständnisses der Deutschen Volkspartei in sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen den Bemühungen der Abgeordneten nach dem Erfolg beschieden war. Sie hat daher in den Verhandlungen, die ihr als Ergebnis der Verhandlungen vorgeschrieben wurden, eine genügende Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erblicken können. Die sozialdemokratische Fraktion nicht erblicken können. Die sozialdemokratische Fraktion muß feststellen, daß Gründe für eine Änderung ihrer Haltung nicht vorliegen. Es bestehen keine Anzeichen dafür, daß die Deutsche Volkspartei ihren bisherigen Rechtskurs aufzugeben geneigt ist. Die Volkspartei hat daher auch in den bisherigen Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition einen ersten Willen zur Zusammenarbeit nicht erkennen lassen. Es war insbesondere die Deutsche Volkspartei, die der sozialdemokratischen Forderung über den Aufhebung der Zustimmungspflicht, die auch im Sozialpolitischen Ausschuss gegen die demokratischen Anträge zur Erwerbslosenversicherung stimmte und die in der Frage der jetzt zum öffentlichen Staatsbankrott führenden Forderungen die sozialdemokratischen Forderungen zurückwies. Deshalb erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition keine Grundlage besteht.

Die „Rote Fahne“ schreibt zu diesem Beschluß der SPD-Reichstagsfraktion: „Wenn die Große Koalition abgelehnt wurde, so ist das nur dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zuzuschreiben. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben die Ablehnung der Großen Koalition durchgesetzt. Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist jedoch nur ein halber Beschluß. Die Möglichkeit der Unterbrechung eines bürgerlichen Minderheitskabinetts bleibt offen. Auch diese Art der Unterbrechung der kapitalistischen Politik muß darum von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft entschieden verhindert werden.“

Der „Vorwärts“ erklärt, daß der Beschluß der Ablehnung nicht auf ewig gefast sei und schreibt: „Der Beschluß spricht aus, daß für die Sozialdemokratie zu derzeit angehörs der gesamten politischen Verhältnisse und besonders des Verhaltens der Volkspartei eine Große Koalition nicht in Betracht kommt, und bedeutet durchaus keinen Bruch mit der Politik, die die Partei bisher betrieben hat. Fernern ist die Verhältnisse, ändert sich das Verhalten der Parteien, ändert sich auch das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei... Die Sozialdemokratische Partei lehnt nicht jede Koalition ab... Sie kämpft weiter für ihre Forderungen und kann, frei von Bindungen, einen stärkeren Druck thun, als wenn sie in einer Koalition mit der Volkspartei zu einem ungleichen Geßpann zusammengeführt wäre. Ihr fernstehen von der Regierung schließt ein tatsächliches Zusammenarbeiten mit denen, die bereit sind, die Republik zu schützen und soziale Gerechtigkeit wahren zu lassen, nicht aus... Wir sind frei und warten ab, was kommt.“

Die „Vossische Zeitung“ erklärt: „Der Reichspräsident wird spätestens heute oder Donnerstag voraussichtlich den Reichskanzler Dr. Luther wieder beauftragen, der sein Vertrauen genießt. Es wird unter Dr. Luther aber unter einem anderen Kanzler ein Kabinett der Mitte gebildet werden, das für seine Vorlage eine Mehrheit wird suchen müssen. Die Sozialdemokratie wird dann entweder, ohne in der Regierung zu sitzen, zu dieser Mehrheitbildung von Fall zu Fall helfen müssen, und dann wird sie mit der Verantwortung für diese Hilfe belastet sein; oder aber, sie wird ihre Zustimmung verweigern, und dann wird man die Hilfstruppen auf der Rechten suchen müssen, bei den Deutschnationalen, die klüger als die Sozialdemokraten, bereit sein werden, die Dummheit, die sie beim Koalitionstrag kopangen haben, wieder gutzumachen.“

In Regesbedenkungen Hoffnungen auf das Zustandekommen einer Koalitionsregierung erklärt der „Sozial-Anzeiger“: „Wir brauchen endlich eine neue Reichsregierung, und wir werden sie bekommen auch ohne die Sozialdemokratie. Das Zentrum wird sich in dem Weg, den diese neue Situation bringt, hineinfinden. Das unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Und wenn die Sozialdemokraten den Antrag verfallen lassen, so muß und wird das auch ohne sie gehen.“

Wagen, sprach mit einem so festen Glauben an unseren Sieg, daß jeder Revolutionär hätte: Eine solche Generation muß regieren.

Das fühlte auch Karl Liebknecht. Ich erinnere mich noch dieser Szene, als wäre sie gestern gewesen. Ein langer Tisch, an dessen einem Ende der jugendliche Genosse saß. Und als Liebknecht eine Antwort geben wollte, da drehte er fast allen den Rücken und wandte sein Gesicht dem Jüngling zu. In ihm war das meiste von dem, was Liebknecht sagte, gerichtet, ihm galt vor allem die Antwort. Denn hier bestand ein unvolles Zusammenhang — der große Revolutionär und die revolutionäre Jugend waren eng miteinander verknüpft. Liebknecht war immer von der Jugend umringt, diese „Kinder“ waren es vor allem, die an allen Straßenkämpfen und Demonstrationen teilnahmen...

Einige Tage später wurde der einarmige jugendliche während einer Straßendemonstration verletzt; ein Polizeibübel hatte seinen Arm stumpf getroffen.

Meining lebt nicht mehr, und Liebknecht ist auch tot. Selbst heute haben die Scheidemannschen Henker ins Grab gelegt. Ich weiß nicht, ob der einarmige Jüngling noch lebt. Aber eins weiß ich: die deutsche Arbeiterjugend lebt, das Proletariat lebt, es lebt der revolutionäre Geist, mit dem Karl Liebknecht getauft war.

Dieser Geist beginnt wieder zu toben im Lande Koskes. Es wird der Tag kommen, wo er sich rächt für seine gemordeten Propheten und Führer.

**Johannes R. Becher:**  
**„Revizite oder der einzig gerechte Krieg“**  
(Roman)

Ein Antikriegsroman. Aber die Stimme Bechers ist kein Klagenruf eines Pazifisten, sondern ein gewaltiger Kampf gegen den kommenden imperialistischen Krieg und gleichzeitigen imperialistischen Krieg in der Vorkriegszeit. Seit dem imperialistischen Krieg in den Vorkriegszeit... Becher's Buch ist ein Querschnitt unserer Epoche, wo alle Klassenkräfte, alle Gesellschaftsklassen in Bewegung sind, wo Leben und Tod aufeinanderdrängen im Weltkampf, auf die Menschheit, die im Roman leben, kämpfen, sterben, sterben oder regieren. Und Vertreter von Klassen, wie sie im Proletariat vorkommen.

**Der Etat „balanciert“**

Staats kurze Worte zum nächsten Haushaltsplan

R. R. Lehner befindet sich der Etat noch nicht in unseren Händen. Die Abgeordneten werden darüber erst im nächsten Monat. Wir müssen also als Grundlage zu unserer letzten Besprechung das nehmen, was die Reichstags-„Arbeiterstimme“ der Regierung schon seitlich der Presse zugestimmt hat.

Kritisch prüft die Regierung, die im vergangenen Jahre in ihrem Etat ein Loch von 30 1/2 Millionen Mark hat, jetzt damit auf, daß in diesem Jahre der Etat balanciert. Diesem besonders betont ausgefallene Schrei soll zeigen, daß die sozialistische Gesellschaft leistet, soll beweisen, daß die Koalitionsregierung, die Sachsen, wie Ebert Deutschland vor dem Reichswissenschaftler gerettet, die Finanzen in Ordnung gebracht.

Über schon der knapp hundert Zeilen umfassende Bericht der „Dresdner Volkszeitung“, allem Anschein nach aus dem Staatskanzlei kommend, zeigt, daß die letzten Budget der Staatsschatz nur gewaltige Ausbeute der in den Staatsbetrieben Beschäftigten, und ganz geringe Zuschüsse, einkommenslose Unternehmen sind.

Den Wünschen der Deutschnationalen, ihren künftigen Schreien nach Beamtenverminderung wird weitgehend Rechnung getragen. Der Gesamtetatbedarf wird von 290 250 000 M auf 207 070 000 M herabgedrückt, also um 18 Millionen M. Dieser Abbau erfolgt einmal auf Kosten der Arbeiter und Bauern, und zum anderen dadurch, daß man nachhafte Beamten vom ordentlichen in den außerordentlichen Etat verschoben läßt. Hier sollen die Summen jahrelang auf Deduktion werden. Man schließt Beschul auf die Zukunft ab.

Die erste Ersparnis wird dadurch erzielt, daß man die Beamtenstellen gegenüber dem Vorjahre anfordert. Ob man die Ersparnis auch bei den oberen Beamtenstellen durchführt, ist aus dem Artikel noch nicht ersichtlich. Demgegenüber ist aus dem Staatsbetriebe 5 Millionen Mark mehr als im Vorjahre herausgepreßt werden.

Die rücksichtslose Entlassung von Arbeitern und Beschäftigten die Lohnrücker und Arbeitszeitverlängerung soll alle in der Lage sein. Denn glaubt man aus den Zusammenstellungen des Reich 20 Millionen mehr zu erhalten.

Hierzu kommt dann die Zauberei: vom verschwinden im hinter erscheinen. Vom ordentlichen in den außerordentlichen Etat. Die zur Verfüllung der Staatsstrafen notwendigen Gelder werden im außerordentlichen Etat eingestellt. Die Strafen sollen eine neue Bedienung erhalten, die nicht dieser Reorganisation bedarf, so daß man mit einer langen Halbjahresfrist rechnen kann. In den ordentlichen Etat sollen nur die Kosten der Administration und Verpflegung eingestellt werden. Auf diese Weise die „Verzögerung“ der Ausgaben wird der Etat dann „balanciert“. Vom kommt er, aber hinten ist ein Loch. Die Zahlen sollen aufeinander, die Schulden überläßt man den Erben.

Wir werden, wenn wir den Etat in Händen haben, nicht auf die Einzelheiten eingehen.

**Dunkel ist der Rede Sinn**

Auf unsere vorgelegte gebrachte Mitteilung, daß von dem Arzt zu links ist und sie ihn deswegen als Landesparlamentarier wählen wollen, die wir irtümlich mit der Arbeiterschaft. In der Abfassung „Kritik als Landtagsabgeordneter“ verhalten sich folgende Kritik:

S. B. K. Aus den Fingern gezogen. Die kommunistische „Arbeiterstimme“ berichtet: „Jetzt haben eine Reihe Kapellen vor, die darauf bestehen lassen, daß zu dem bevorstehenden Landesparlament der SPD in Dresden Krzy von jetzt sechsen Jahren entfernt werden soll.“ Das Wort entfernt ist in Verbindung mit der Arbeiterschaft. „Vor der Abfassung Krzy als Landtagsabgeordneter“. Wir brauchen wohl nicht ausdrücklich zu verifizieren, daß diese Meldung völlig aus den Fingern gezogen ist.

Der Rede Sinn ist dunkel. Obgleich aus dem Text deutlich hervorgeht, daß damit die Befestigung Krzy als Landesparlamentarier vorstehend gemeint war, berichtigt man gegen die Arbeiterschaft. Diese dunkle Auslegung berichtigt die von uns gemachte Mitteilung mehr, als daß sie sie berichtigt. Die Kritik soll die Arbeiterschaft über die tatsächlichen Verhältnisse im Reich informieren. Wir möchten die sozialdemokratischen Arbeiter deswegen nochmals darauf aufmerksam. Die SPD-Arbeiter dürfen auf keinen Fall die Politik des Parteivorstandes durch einen Vorstoß gegen Krzy unterlassen.

Da sehen wir die Kommunisten, die Soldaten der Partei der Arbeiterschaft, ideologisch klar und fest, ohne sich der „Heldentatigkeit“ zu allem bereit: von der langjährigen Arbeiterschaft bis zum bewaffneten Aufstand.

Großbourgeois bereiten aus ihren Reichspolitiken den nächsten und ohne Sentimentalität die Arbeiterkämpfe mit den Arbeitern und den neuen Weltkrieg, der insbesondere mit den Mitteln der Chemie ausgefochten wird, vor.

Da ist der proletarische Kleinbürger, der den Weltkrieg begeistert durchdringt, dann, im Kampfe mit der sozialistischen Arbeiterschaft, die ganze Verlogenheit des bürgerlichen „Patriotismus“ durchschaut, sich zu dem Kommunisten schließt und ein ehrlicher Kämpfer der Arbeiterschaft wird.

Sozialdemokratische Konzepte verraten die Arbeiter und wieder, von Luz und Trug hindern.

Sozialdemokratische Arbeiter schlagen sich vorwärts, um Reformismus in die Hände zu nehmen. Wideschreit die schönen Worte ihrer „Führer“ und der Wirklichkeit des elenden Daseins herum, bis sie, unter den Schlägen dieser Wirklichkeit, sich der wahren Interessen ihrer Klasse befähigen und mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern zusammenfinden.

Darf man kämpfen Schulter an Schulter mit dem sozialistischen Proletariat.

Schöngeistige Kleinbürgerliche Intellektuelle paradiere immer „Übermenschlichkeit“ und verrecken an der eigenen Impotenz.

Proletarier-Massen leben und warten in der Revolution in Deutschland Tag und Nacht auf das erste Wort zur Tat und werden von Ebert, Post, und ihren Helfern an die Bourgeoisie wie Ware verkauft; die Erde plant auf dem Schlachtfeld der Grabenarbeit; Streik auf Streik, national und international; Demonstrationen und Gegenmanifestationen; Kolonialkriege rekrutieren: Vornichtungskampfe gegen die kommunisten in der ganzen Welt; äußerste imperialistische Sozialismus; Krieg und Bürgerkrieg; Sturz und Niederschlag, und schließlich durch Tod und Teufel: Der Sieg der Arbeiterschaft über die Führung der Kommunisten. Alle diese Elemente sind einseitigen, politisch-klassen, der mit der Unterbrechung der bürgerlichen und zum Aufbau der neuen Welt führen, werden in dem Buche mit ungeheurer Suggestivkraft lebendig.

Becher's Buch ist ein bedeutendes Werk, ein großer Beitrag zur proletarischen Kampfliteratur.

Wiesbaden Wien-Berlin. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch die Verlage: O. v. S. 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.